

↓ EMPFEHLUNGEN

F

22

- 1 **Zeitenwende nachhaltig gestalten** Die Bundesregierung sollte Reformen für einen effektiven Beschaffungsprozess im Rahmen europäischer Rüstungszusammenarbeit vorantreiben. Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr sind auch am langfristigen Ziel einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa zu messen.
- 2 **Zeitenwende auch bei Rüstungsexporten** Eine restriktive Rüstungsexportpolitik muss gesetzlich festgeschrieben werden. Dies schließt Waffenlieferungen an Staaten wie die Ukraine, die ihr Recht auf Selbstverteidigung ausüben, nicht aus, wohl aber solche, die rein wirtschaftlichen oder machtpolitischen Rationalitäten folgen.
- 3 **Verteidigung im Bündnis neu denken** Deutschland sollte sich innerhalb der NATO für ein nachhaltiges Verteidigungskonzept einsetzen, um Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu erhöhen und gleichzeitig das Risiko möglicher Eskalationen zu reduzieren. Das Konzept der Confidence-Building Defense bietet hierfür einen möglichen Ansatz.
- 4 **Finanzierung der Vereinten Nationen reformieren** Eine ausreichende und verlässliche Finanzierung ist für die erfolgreiche Bearbeitung multipler Krisen durch die Vereinten Nationen (VN) unerlässlich. Die Bundesregierung sollte sich für eine kontinuierliche Steigerung des regulären Haushalts der Vereinten Nationen einsetzen.
- 5 **Empfehlungen des VN-Generalsekretärs umsetzen** Deutschland sollte die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht Our Common Agenda von 2021 sowie der VN-Nachhaltigkeitsziele vorantreiben, um als Fürsprecherin einer kooperativen, inklusiven und gerechten internationalen Ordnung zu agieren.
- 6 **Ökologische Zeitenwende einleiten** Um der Verflechtung von Umweltzerstörung und Krieg entgegenzuwirken und Synergien von Klimaschutz und Friedenssicherung zu nutzen, braucht es eine umfassende Klimaaußenpolitik, stärkere Unterstützung betroffener Länder sowie eine schnelle, sozial abgefederte Energie- und Mobilitätswende in Deutschland.
- 7 **Doppelte Standards vermeiden** Die Bundesregierung muss einem Glaubwürdigkeitsverlust im globalen Süden entgegenwirken. Erforderlich hierfür sind eine klimapolitische Vorreiterrolle, eine konsequente Menschenrechtsorientierung bei Migration und Flucht sowie die Einhaltung völkerrechtlicher Normen bei westlichen Interventionen.
- 8 **Ressourcenstarke und unabhängige Entwicklungspolitik fördern** Entwicklungspolitik darf nicht sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet werden. Angesichts der hohen Kosten von Krieg und Wiederaufbau muss die Bundesregierung verstärkt in krisenpräventive Entwicklungszusammenarbeit investieren.
- 9 **Kontakte in die russische Gesellschaft halten** Kontakte mit gesellschaftlichen Kräften in Russland sollten nicht unterschiedslos abgebrochen werden. Demokratisch gesinnte Akteur:innen sollten soweit möglich unterstützt werden.